

Herfried Münkler

Wie weiter mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr?

Friedensmissionen und Weltinnenpolitik galten in den frühen 90er Jahren noch als globale Vision. Doch die Stimmung ist schnell und dramatisch umgeschlagen. Denn die mit solchen Einsätzen verbundenen militärischen Anstrengungen sind beträchtlich unterschätzt worden. Aber Herfried Münkler macht deutlich, dass auch das »Zuhause-Bleiben« Kosten verursachen kann. Denn Passivität bei politischen Entscheidungen in einer Konfliktregion führt zu einem Gewichtsverlust, den sich eine Großmacht kaum leisten kann.

Mitte der 90er Jahre herrschte eine regelrechte Euphorie bezüglich Friedensmissionen in ihrer unterschiedlichen Ausgestaltung, von der Friedenserhaltung bis zur Friedenserzwingung. Auch bei linksliberalen Intellektuellen fanden das Projekt und die mit ihm verbundene Perspektive einer Weltinnenpolitik Anklang und Unterstützung. Die Vorstellung einer schrittweisen Transformation des Militärs in eine Art robuste Polizei konnte als der entscheidende Schritt beim Verschwinden des Krieges aus dem Arsenal der Politik begriffen werden. Man konnte sich sogar mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr anfreunden, wenn diese dazu beitragen sollten, die Überreste von Konflikten des Kalten Krieges abzuräumen und obendrein das Aufkommen neuer und alter Irrationalitäten, wie nationalistischer Auseinandersetzungen und ethnischer Säuberungen, zu blockieren. Selbst bei Teilen der Friedensbewegung stieß das Projekt der Friedensmissionen auf Sympathie: Hier hatte man ein ethisch hochstehendes Projekt, um das sich das ansonsten ungeliebte Militär verdient machen konnte.

Man muss sich das alles noch einmal vor Augen führen, um zu begreifen, wie schnell und dramatisch die Stimmung umgeschlagen ist. Selbstverständlich sind in der allgemeinen Aufbruchstimmung nach dem Ost-West-Gegensatz die Schwierigkeiten von Friedensmissionen erheblich unterschätzt worden. In der Regel ging man – jedenfalls in der deutschen Öffent-

lichkeit, sicherlich nicht bei den Planern solcher Einsätze in den Vereinten Nationen – davon aus, dass die Menschen den Frieden wollten, den Weg dorthin aber nicht fänden – und dabei sollten ihnen die Friedensmissionen helfen. Die Ausschaltung von Gegnern und Störern des Friedensprozesses stellte man sich nach Art polizeilicher Festnahmen vor. *Kurzum:* Man hat das, was später »die neuen Kriege« genannt werden sollte, nicht antizipiert: dass es in den Kriegsgebieten relevante Gruppierungen gab, die am Krieg interessiert waren, weil sie von ihm lebten; dass Hass und Groll oft so tief saßen, dass man mit den Feinden keinen Frieden schließen konnte; dass man verschiedentlich die Friedenstruppen nur darum ins Land ließ, um die Entsendemächte anschließend um so besser erpressen zu können. Man kann der anfänglichen Euphorie für Friedensmissionen sicherlich zum Vorwurf machen, dass man zu »friedensbewegt« in sie hineingegangen ist. Skeptische Nüchternheit wäre besser angebracht gewesen.

Man hat die Schwierigkeiten unterschätzt, mit denen Friedensmissionen im zu befriedenden Gebiet konfrontiert sein würden, mehr aber noch die Lasten, die sie für die eigene Gesellschaft über lange Zeit darstellen sollten. Das Scheitern der Intervention in Somalia hätte sicherlich ein Warnzeichen sein können, aber dann kamen die furchtbaren Massaker in Ruanda, bei denen die Weltgemeinschaft unter

dem Eindruck des somalischen Scheiterns untätig blieb, es kamen die bosnischen Gräueltaten und die starke moralische Intuition, dass man derlei nicht hinnehmen konnte, ohne mitschuldig zu werden. Die moralischen Paradoxien der Nichtintervention in Ruanda und Bosnien wurden damals von vielen so stark empfunden, wie dies heute bei vielen mit Blick auf die Intervention in Afghanistan der Fall ist. Offenbar gilt für Auslandseinsätze des Militärs die Regel: Wer nichts tut und zusieht, hat das starke Gefühl, er hätte etwas tun sollen; wer etwas tut und die Probleme erfasst, die damit verbunden sind, gerät ins Grübeln, ob er besser nichts hätte tun sollen. Aber das sind Beobachtungen, die sich skeptische Beobachter des Menschen, wie Montaigne oder Gracián, leisten können; eine langfristig angelegte Politik lässt sich damit nicht betreiben.

Die tatsächlichen Lasten

Was sind die tatsächlichen Lasten von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die wir zu tragen haben? Sie dauern erheblich länger, als zunächst angenommen wurde. Ihre Terminierung auf sechs Monate und der dann fällig werdende Verlängerungsbeschluss des Parlaments stehen in keinem Verhältnis zu den Problemen im Einsatzgebiet. Durch die Dauer des Einsatzes wachsen die Kosten, aber auch die politischen Risiken. Die Verluste infolge von Anschlägen häufen sich, ein definitiver Erfolg, ein Durchbruch bei der Stabilisierung oder etwas Vergleichbares ist nicht in Sicht. Die kleinen Erfolge des Routinebetriebs finden medial keine Aufmerksamkeit, umso mehr dafür spektakuläre Anschläge und Rückschläge. Die Logik der medialen Aufmerksamkeit lässt die Zahl der politischen Unterstützer schwinden. Man setzt sich besser ab von einem Projekt, das entweder langweilig, oder aber gefährlich ist.

Aber ist es denn keine gute Sache, den Menschen zu helfen, endlich Frieden zu

finden und zur Ruhe zu kommen? Immer wieder zeigt sich bei entsprechenden Auslandseinsätzen, wie bravourös die Gegner der Friedensprozesse die Klaviatur medialer Sympathieverteilung bespielen und die psychische Labilität unserer Gesellschaften ausnutzen. Man kann Friedenstruppen zum Abzug zwingen, indem man ihnen Verluste zufügt; die müssen nicht unbedingt groß, sollten aber spektakulär sein. Der Zweck solcher Anschläge ist nicht die physische Schwächung der entsandten Truppen, sondern die aufgeregte Reaktion in deren Heimat. Fast automatisch provozieren sie den Ruf, man solle »unsere Jungs« nach Hause holen. Man kann Friedensmissionen aber auch dadurch zum Scheitern bringen, indem man sie moralisch desavouiert. Kämpfer der Gegenseite nehmen beispielsweise Hochzeitsgesellschaften oder Schulkinder als Deckung, damit bei Luftangriffen oder Artilleriebeschuss möglichst viele Zivilisten zu Opfern werden. Auch dann erfolgt eine reflexartige Reaktion in der Heimat: Man solle die Truppen zurückholen, um dem »Verbrechen« ein Ende zu machen.

Man kann daraus schlussfolgern, dass Länder, deren politische Eliten nicht in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit zu langfristigem Handeln befähigt sind, sondern auf strategisches Agieren der Gegenseite reflexartig reagieren, zu Auslandseinsätzen und Friedensmissionen nicht befähigt sind. Sie richten mehr Schaden als Nutzen an, weil ein großspurig begonnener Einsatz mit kleinlautem frühem Abzug auch die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Verbündeten gefährdet. Wer so agiert, tut allen einen Gefallen, wenn er gleich zu Hause bleibt. Aber auch das Zu-Hause-Bleiben hat Kosten: Man spielt dann bei den politischen Entscheidungen betreffs der Konfliktregion keine Rolle mehr, und dieser Gewichtsverlust bei Auslandseinsätzen greift schnell auf andere Politikfelder

über. Kleine Länder können damit umgehen. Der Bedeutungsverlust nähert sie ihrem tatsächlichen Gewicht, das sie mit Auslandseinsätzen hatten vergrößern wollen. Für große Länder aber ist das ein Problem, denn sie fallen schnell unter das ihnen ansonsten zukommende politische Gewicht. Das gilt gerade für Deutschland als größtes europäisches Land. Ein breiter Rückzug der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen der NATO, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen käme einer politischen Selbstmarginalisierung gleich.

Ansonsten gibt es auch die moralische Unlauterkeit, um nicht zu sagen, den Zynismus des notorischen Zuschauers und Dabeistehers. Wer Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich ablehnt, gleichgültig, unter welchem politischen Dach sie stattfinden, nimmt all die Opfer billigend in Kauf, die sich durch einen Einsatz hätten verhindern lassen. Das Problem ist freilich, dass der Indikativ der realen Opfer immer den Konjunktiv der potenziell verhinderten Opfer dominiert. Deswegen fällt die kalte Gleichgültigkeit manch selbsterklärter Friedensfreunde nicht auf. Ihnen geht es nicht um den Frieden, sondern bloß darum, in Ruhe gelassen zu werden. Jedenfalls wollen sie nichts tun, was diese Ruhe stört. Umso besser, wenn sie dafür noch die Prämie des Pazifismus einstreichen können.

Nicht minder problematisch sind freilich die humanitären Paninterventionisten, die das allabendliche Fernsehprogramm unter dem Aspekt neuer Gelegenheiten zu humanitärem Eingreifen ansehen. Ihr Fehler ist, dass sie die Auslandseinsätze der Streitkräfte allein von den Erfordernissen der Einsatzgebiete her denken, nicht aber von den tatsächlichen Fähigkeiten der Interventen und mit Blick auf die Erfolgchancen, die der Einsatz hat. Sie haben, um mit Max Weber zu sprechen, Leidenschaft, aber kein Augenmaß. Das konnte man kürz-

lich bei denen beobachten, die angesichts der Gewalt und Grausamkeiten in Darfur meinten, dem solle durch die umgehende Entsendung deutscher Soldaten abgeholfen werden.

Man wird in Zukunft Auslandseinsätze sehr viel besser vorbereiten müssen, auch operativ, vor allem aber politisch. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Unterdrückung der Gewaltoption von Bürgerkriegsparteien durch die entsandten Streitkräfte nur die eine Seite des Gelingens sein kann. Die andere besteht darin, potenziellen Gegnern und Störern des Friedens die Gewaltoption abzukaufen, sie am Friedensprozess zu interessieren, indem man ihnen Prosperitätstransfer für Gewaltverzicht anbietet. Hat man Grund zu der Annahme, sie seien – aus religiösen oder kulturellen Gründen – für ein solches Angebot prinzipiell unempfänglich, muss man sich darüber im Klaren sein, dass man sie niederkämpfen muss. Sieht man sich dazu aus militärischen oder moralischen Gründen nicht in der Lage, sollte man auf den Einsatz verzichten. Man ist dann bloß eine Geisel in der Hand anderer.

Vor allem aber muss man in Zukunft diese Einsätze politisch gegenüber der eigenen Bevölkerung besser absichern. Reaktionen der Bevölkerung nämlich sind das eigentliche Ziel von Angriffen der Gegner im Einsatzgebiet. Man kann noch so tüchtige Truppen entsenden – wenn die Bevölkerung des Entsendelandes auf jedes Problem und jeden Angriff mit Hysterie und Panik reagiert oder Sympathie für jene Politiker zeigt, die umgehend zum Rückzug blasen, haben diese Soldaten keine Chance. Sie werden dann bloß verheizt. Man sollte auch sagen, dass sich die meisten dieser Einsätze nicht auf Wochen und Monate beschränken, sondern über Jahre erstrecken werden; dass im Einsatzgebiet viele, aber nicht alle den Frieden wollen; dass der Einsatz viel Geld, aber auch Leben

kosten wird und sein Erfolg keineswegs gewiss ist, dass aber die Entschlossenheit der Bevölkerung in jedem Fall eine Voraussetzung des Erfolgs darstellt. Wer das nicht tut, handelt verantwortungslos; wer sich nicht zutraut, offen die Kosten und Risiken von Auslandseinsätzen anzusprechen, weil er dann Ablehnung fürchtet, und hofft, es werde schon alles gut gehen, spielt vabanque. Auslandseinsätze wollen reiflich überlegt und sorgfältig geplant sein. Wer sich unter dem Eindruck von Elendsbildern im Fernsehen auf den Weg macht, wird scheitern. Aber

wenn man sich zu einem Einsatz entschlossen hat, muss man ihn auch durchhalten. Das kann sicherlich nicht heißen, dass bei grundlegenden Veränderungen der Lage die *Exit-Option* versperrt ist. Aber wer nach ihr ruft, kaum dass der Einsatz begonnen hat, ist ein Saboteur seiner Erfolgchancen.



Herfried Münkler (*1951)
ist Professor am Institut für
Politikwissenschaft der HUMBOLDT-
UNIVERSITÄT in Berlin.
herfried.muenkler@rz.hu-berlin.de

Karsten Rudolph

Mission Possible

Deutsche Polizisten im internationalen Einsatz

In der öffentlichen Debatte über die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Militäreinsätzen wird schnell vergessen, dass seit über zehn Jahren mehrere hundert deutsche Polizeibeamte Aufgaben in der internationalen Krisenbewältigung übernommen haben. Auch sie sind Staatsbürger in Uniform und Botschafter unseres Landes, meint Karsten Rudolph und resümiert Beispiele ihres vorbildlichen Einsatzes.

Am Beginn der Beteiligung an internationalen Polizeieinsätzen stand die WEU-Mission in Mostar 1994. Unter Leitung des EU-Administrators Hans Koschnick wurden erstmalig bewaffnete deutsche Polizeibeamte im Rahmen eines transnationalen Kontingents im Ausland tätig, um die bosnischen und kroatischen Parteien beim Aufbau einer multiethnischen Polizei zu unterstützen.

Gegenwärtig werden deutsche Polizistinnen und Polizisten in UN-Missionen im Kosovo (seit 1999), in Georgien (seit 2003), im Sudan, in Palästina und an der moldawisch-ukrainischen Grenze (jeweils seit 2005) sowie in EU-Missionen in Bosnien-Herzegowina (seit 2003), in Liberia (seit 2004) und wiederum im Sudan (seit 2006) eingesetzt. In Afghanistan enga-

gieren sie sich seit 2002 in einem bilateralen Polizeihilfeprojekt, das Aufbau- und Ausstattungsmaßnahmen für die afghanische Polizei umfasst.

In diesem Jahr startet eine neue EU-Mission (»EUPOL Afghanistan«), in der rund 160 Polizisten in und um Kabul sowie in anderen Provinzen, einschließlich des stark umkämpften Südens des Landes eingesetzt werden. Deutschland stellt mit bis zu 60 Polizisten über ein Drittel des Kontingents.

Das größte deutsche Polizeikontingent befindet sich zurzeit jedoch im Kosovo. Nachdem Slobodan Milošević unter dem Eindruck der NATO-Luftangriffe und nach Vermittlung Russlands den Friedensplan der G-8-Staaten akzeptiert hatte, der auf ein »friedliches, multi-ethnisches und de-